

ihre Revanchepolitik außerhalb ihres Staatsgebietes mißbrauchen.

Vor diesem Hohen Haus weise ich deshalb nochmals darauf hin, daß Westberlin nicht zu Westdeutschland gehört und die Bonner Regierung keinerlei Rechte in und für Westberlin hat und jemals haben wird.

Die friedliche Zukunft des deutschen Volkes verlangt, daß der Einfluß der verständigungsbereiten Kräfte in Westdeutschland so wächst, daß Militarismus und Revanchismus zurückgedrängt werden.

In Bonn spielt man sich gern als Verteidiger des Selbstbestimmungsrechtes auf. Ist das aber Selbstbestimmung, wenn die westdeutsche Regierung entgegen dem erklärten Willen ihrer Bevölkerung die Verfügungsgewalt über Atomwaffen erlangen will? Das ist die Forderung des Rüstungskapitals, die mit der Selbstbestimmung des werktätigen Volkes nichts gemein hat.

Entgegen dem Willen der westdeutschen Arbeiter werden riesige Summen für die Aufrüstung verwandt. Nach den Vorschlägen zum Bonner Haushalt für 1964 soll der Rüstungsetat über 20 Milliarden Westmark betragen. Das heißt, daß jede dritte Mark des Gesamthaushaltes für die Aufrüstung verpulvert werden soll.

Selbst maßgebliche Experten der westdeutschen Wirtschaft müssen eingestehen, daß diese Politik „dunkle Schatten“ wirft und daß ihre Wirtschaft, „so kräftig und blühend sie auch erscheinen mag, auf schwachen Füßen und schwankendem Grunde“ steht. Wir verstehen sehr gut, daß sich die westdeutschen Arbeiter immer mehr gegen die wachsenden Rüstungslasten empören. Mit Recht stellen sie fest, daß die Politik der militärischen Aufrüstung zugleich die Politik der sozialen Abrüstung ist.

Was bleibt angesichts dieser Entwicklung vom Selbstbestimmungsrecht des Volkes übrig? Die westdeutschen Machthaber vertreten die Interessen der Millionäre und treten die Interessen der Millionen arbeitenden Menschen mit Füßen.

Es ist doch eine Tatsache, daß die westdeutsche Arbeiterklasse, die etwa 75 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, nicht einen einzigen Vertreter in der Bonner Regierung hat.